



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 16. Oktober 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine ereignisreiche Sitzungswoche im Deutschen Bundestag liegt hinter uns. Im Mittelpunkt stand die Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zum Europäischen Rat am 15. und 16. Oktober. Angesichts der zahlreichen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen muss Europa seine Wettbewerbsfähigkeit stärken, seine Sicherheit entschlossen in die eigene Hand nehmen und die Ukraine weiterhin verlässlich unterstützen. Dafür braucht es weniger Bürokratie, bezahlbare Energie und bessere Bedingungen für Investitionen. Gleichzeitig müssen wir auch auf europäischer Ebene klare Prioritäten setzen und verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen.

Auch innenpolitisch war die Woche von wichtigen Entwicklungen geprägt. Nach dem Rücktritt von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas hat Alexander Schweitzer das Amt übernommen. Für die neue Hauspitze gibt es keine lange Einarbeitungszeit: Gerade bei der Rente, auf dem Arbeitsmarkt und in unseren sozialen Sicherungssystemen stehen wir vor großen Herausforderungen.

Die notwendigen Reformen dürfen nicht länger aufgeschoben werden. Unser Anspruch als Union ist klar: Wir müssen Deutschland wieder zukunftsfest machen, Leistung belohnen und die sozialen Sicherungssysteme langfristig finanzierbar halten.

Dass wir als Koalition dabei vorankommen, zeigen auch die zahlreichen Gesetzesvorhaben dieser Woche. Mit der Frühstartrente stärken wir den privaten Vermögensaufbau bereits im Kindesalter, mit der Reform der Notfallversorgung verbessern wir die medizinische Versorgung und mit der europäischen digitalen Brieftasche machen wir einen weiteren Schritt hin zu einem modernen Staat. Hinzu kommen wichtige Entscheidungen zum Bürokratieabbau und zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen.

Ihr
Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Vermögensaufbau von klein auf – die Frühstartrente kommt!
- Bessere Notfallversorgung, stabile Krankenkassenbeiträge
- Mandatsverlängerung für ASPIDES und UNMISS

Vermögensaufbau von klein auf – die Frühstartrente kommt!

Mit der Frühstartrente setzen wir ein wichtiges Vorhaben der Union um und ermöglichen Kindern einen frühen Einstieg in die private Altersvorsorge. Rückwirkend zum 1. Januar 2026 erhalten zunächst alle Kinder, die in diesem Jahr sechs Jahre alt werden, ab ihrem sechsten Geburtstag monatlich zehn Euro vom Staat. Das Geld wird in einem privaten Depot am Kapitalmarkt angelegt und kann über viele Jahre vom Zinseffekt profitieren. In den kommenden Jahren werden schrittweise weitere Jahrgänge einbezogen. Die staatliche Förderung läuft bis zum 18. Geburtstag. Anschließend kann das angesparte Vermögen in einem regulären Altersvorsorgedepot weitergeführt und durch eigene Beiträge ergänzt werden.

Standpunkt: Mit der Frühstartrente stärken wir Eigenverantwortung und finanzielle Bildung bereits in jungen Jahren. Wer früh mit dem Sparen beginnt, kann auch mit kleinen Beträgen langfristig Vermögen aufbauen. Gerade angesichts des demografischen Wandels müssen wir die Altersvorsorge auf eine breitere Grundlage stellen und die gesetzliche Rente durch private Vorsorge ergänzen. Die Frühstartrente ist deshalb ein wichtiger Schritt hin zu mehr Generationengerechtigkeit und besseren finanziellen Perspektiven für unsere Kinder und Enkel. Zugleich wollen wir junge Menschen frühzeitig für den verantwortungsvollen Umgang mit Geld sensibilisieren. •

Bessere Notfallversorgung, stabile Krankenkassenbeiträge.

Durch die Reform der Notfallversorgung verbessern wir die medizinische Versorgung und sorgen für einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Ressourcen. Künftig sollen Patienten durch eine bessere Vernetzung von Arztpraxen, Rettungsdiensten und Krankenhäusern sowie digitale Ersteinschätzungsverfahren schneller an die richtige Anlaufstelle gelangen. Neue Integrierte Notfallzentren sollen die ambulante und stationäre Versorgung enger miteinander verzahnen und überlastete Notaufnahmen entlasten. Gleichzeitig ergreifen wir weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Dazu gehören Anpassungen bei der Vergütung medizinischer Leistungen und Regelungen zur wirtschaftlicheren Versorgung. Bei den geplanten Ausschreibungen für medizinische Hilfsmittel haben wir eine zeitnahe gesetzliche Evaluation vereinbart, um mögliche Auswirkungen auf die Versorgungsqualität genau zu überprüfen.

Standpunkt: Unser Gesundheitssystem muss auch in Zukunft eine hochwertige und flächendeckende Versorgung gewährleisten, ohne dass die finanziellen Belastungen für Versicherte und Arbeitgeber immer weiter steigen. Dafür reicht es nicht, zusätzliche Mittel bereitzustellen. Wir müssen bestehende Strukturen verbessern, Doppelbelastungen vermeiden und die vorhandenen Ressourcen gezielter einsetzen. Die Neuordnung der Notfallversorgung ist

dafür ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig brauchen wir weitere grundlegende Strukturreformen, insbesondere bei der Steuerung der Patientenversorgung. Unser Ziel ist eine verlässliche medizinische Versorgung, die für alle bezahlbar bleibt und langfristig finanzierbar ist. •

Der Ausweis wird digital – einfach, sicher und europaweit.

Mit dem Gesetz zur Einführung der europäischen Brieftasche für die digitale Identität schaffen wir die Grundlage für einen weiteren wichtigen Digitalisierungsschritt. Ab Anfang 2027 soll die neue App „d-you“ allen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland kostenlos zur Verfügung stehen. Damit können sie sich künftig einfach, sicher und europaweit digital ausweisen und wichtige Nachweise auf ihrem Smartphone hinterlegen. Das erleichtert Behördengänge, vereinfacht Verwaltungsverfahren und eröffnet auch Unternehmen neue Möglichkeiten, digitale Dienstleistungen anzubieten. Die Funktionen der digitalen Brieftasche werden anschließend schrittweise erweitert.

Standpunkt: *Deutschland muss bei der Digitalisierung endlich schneller vorankommen. Noch immer kosten Behördengänge und bürokratische Verfahren Bürger und Unternehmen unnötig viel Zeit. Mit der digitalen Brieftasche machen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen, bürgerfreundlichen Verwaltung.*

Entscheidend ist, dass digitale Lösungen nicht nur auf dem Papier existieren, sondern den Alltag der Menschen tatsächlich erleichtern. Gleichzeitig stärken wir mit einer europaweit einsetzbaren digitalen Identität die technologische Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Europas. Weniger Bürokratie, mehr digitale Angebote und eine Verwaltung, die mit der Zeit geht – dafür setzen wir uns als Union ein. •

Schrittweise höhere Tabaksteuer ab 2027.

Der Deutsche Bundestag hat mit der Änderung des Tabaksteuergesetzes eine schrittweise Erhöhung der Tabaksteuer für die Jahre 2027 bis 2030 beschlossen. Betroffen sind neben klassischen Zigaretten auch Feinschnitt, Zigarren, erhitzter Tabak und E-Zigaretten-Liquids. Der durchschnittliche Preis einer Packung mit 20 Zigaretten soll damit bis 2030 auf rund zwölf Euro steigen. Durch die Anpassungen erwartet der Bund bereits 2027 zusätzliche Steuereinnahmen von rund 1,5 Milliarden Euro, die bis 2030 auf etwa 4,5 Milliarden Euro jährlich anwachsen sollen. Neben der Haushaltskonsolidierung soll die Maßnahme insbesondere dazu beitragen, den Tabakkonsum zu reduzieren und gesundheitlichen Folgeerkrankungen vorzubeugen.

Standpunkt: *Rauchen gehört zu den größten vermeidbaren Gesundheitsrisiken und verursacht jedes Jahr erhebliche Kosten für unser Gesundheitssystem.*

Eine maßvolle, über mehrere Jahre angelegte Anpassung der Tabaksteuer kann dazu beitragen, insbesondere junge Menschen vom Einstieg ins Rauchen abzuhalten und Anreize zum Rauchstopp zu setzen. Gleichzeitig leisten die zusätzlichen Einnahmen einen Beitrag zur Konsolidierung unseres Bundeshaushalts. Wichtig ist dabei, die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Hersteller und Handel im Blick zu behalten und zu verhindern, dass Verbraucher auf illegale Tabakprodukte ausweichen. Gesundheitsschutz, wirtschaftliche Vernunft und solide Staatsfinanzen müssen Hand in Hand gehen. •

Zwei Missionen, ein Ziel: Sicherheit und Stabilität stärken.

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr an zwei internationalen Missionen um jeweils ein Jahr verlängert. Bei der EU-geführten Operation EUNAVFOR ASPIDES im Roten Meer schützen unsere Soldatinnen und Soldaten die internationale Handelsschifffahrt vor Angriffen der Huthi-Miliz aus dem Jemen. Dafür können weiterhin bis zu 350 Bundeswehrangehörige eingesetzt werden. Auch die Beteiligung an der UN-Friedensmission UNMISS im Südsudan wird mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten fortgesetzt. Dort unterstützt die Bundeswehr die Vereinten Nationen beim Schutz der Zivilbevölkerung, der Absicherung humanitärer Hilfe und der Umsetzung des Friedensprozesses.

Zu beiden Mandatsverlängerungen habe ich im Plenum des Deutschen Bundestages gesprochen.

Standpunkt: Beide Missionen zeigen, wie wichtig Deutschlands internationale Verantwortung ist. Die Angriffe der Huthi auf die Schifffahrt im Roten Meer gefährden nicht nur Menschenleben, sondern auch eine der wichtigsten Handelsrouten der Welt. Ihre Sicherheit liegt deshalb unmittelbar in unserem wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse. Erst in dieser Woche konnte ich mich mit dem jemenitischen Botschafter über die angespannte Lage in der Region austauschen.

Im Südsudan wiederum droht der ohnehin fragile Friedensprozess angesichts anhaltender Gewalt und politischer Spannungen zu scheitern. Mit Blick auf die geplanten Wahlen braucht das Land dringend Stabilität und eine politische Perspektive. Ein Rückzug der internationalen Gemeinschaft wäre gerade jetzt das falsche Signal. Deutschland muss gemeinsam mit seinen europäischen und internationalen Partnern Verantwortung übernehmen – für sichere Handelswege, den Schutz der Zivilbevölkerung und eine friedlichere Zukunft. •

Austausch mit Jemens Botschafter zur Lage im Nahen Osten.

Am Rande der Sitzungswoche habe ich mich mit dem jemenitischen Botschafter Loai Al-Eryani über die aktuelle Lage in seinem Heimatland und die sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Region ausgetauscht.

Der Jemen leidet seit mehr als einem Jahrzehnt unter einem verheerenden Bürgerkrieg. Zuletzt haben sich die Kämpfe zwischen den international anerkannten Regierungstruppen und der vom Iran unterstützten Huthi-Miliz erneut verschärft. Die Angriffe der Huthi auf die internationale Schifffahrt im Roten Meer und auf Ziele in der Region verschärfen die ohnehin angespannte Sicherheitslage zusätzlich. Besonders dramatisch ist die humanitäre Situation: Millionen Menschen sind auf Hilfe angewiesen, während die erneuten Kampfhandlungen die Versorgung der Bevölkerung weiter erschweren.

Die Entwicklungen im Jemen zeigen, wie eng die Sicherheit im Nahen Osten mit unseren europäischen Interessen verbunden ist. Deutschland kann den Konflikt nicht allein lösen, aber im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einer Stabilisierung beitragen. Dazu gehören die Unterstützung diplomatischer Bemühungen unter Vermittlung der Vereinten Nationen, humanitäre Hilfe für die notleidende Bevölkerung und die Fortsetzung unseres Engagements für sichere Handelswege im Roten Meer. Langfristig kann nur eine politische Lösung, die die verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Kräfte des Landes einbezieht, dem Jemen eine friedlichere Zukunft eröffnen. Der persönliche Austausch mit den Vertretern der Region ist dafür von besonderer Bedeutung. •

Norwegen und Deutschland: Gemeinsam für Europas Sicherheit.

Gemeinsam mit einigen Kolleginnen und Kollegen habe ich mich in der vergangenen Woche mit einer hochrangigen Delegation des norwegischen Parlaments (Storting) ausgetauscht. Zu den Gästen gehörten unter anderem die frühere Ministerpräsidentin Erna Solberg und die ehemalige Außenministerin Ine Eriksen Søreide.

Im Mittelpunkt standen die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa, die weitere Unterstützung der Ukraine sowie die Zusammenarbeit innerhalb der NATO. Weitere wichtige Themen waren die Sicherheit im Ostseeraum, der Schutz kritischer Infrastruktur und die zunehmenden hybriden Bedrohungen. Gerade angesichts der russischen Aggression gegen die Ukraine kommt der engen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Norwegen eine besondere Bedeutung zu.

Als verlässliche NATO-Partner verbindet uns nicht nur ein gemeinsames Verständnis für die europäische Sicherheit, sondern auch eine enge Kooperation im Verteidigungsbereich. Der parlamentarische Austausch ist ein wichtiger Bestandteil dieser Partnerschaft und bietet die Gelegenheit, gemeinsame Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze unmittelbar miteinander zu besprechen. •

Afrika-Dialog: Von politischer Teilhabe bis Desinformation.

Gleich zwei interessante Gesprächsformate mit Gästen aus Ostafrika standen in dieser Woche auf meinem Programm. Im Rahmen des von mir geleiteten Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir Dr. Isaac Mwaura, den ehemaligen Regierungssprecher Kenias, zu einem Abendessen begrüßt. Das Treffen wurde durch das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Kenia vermittelt. Mwaura leitet inzwischen das Office of Diversity, Inclusion and Disability Rights im kenianischen Präsidialamt. Im Mittelpunkt unseres Austauschs standen die innenpolitischen Entwicklungen in Kenia, insbesondere die Protestbewegung der jungen Generation, die Herausforderungen moderner politischer Kommunikation sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe.

Bei einem weiteren Gespräch mit einer Delegation aus Kenia, Äthiopien, Uganda, Tansania und der Demokratischen Republik Kongo beschäftigten wir uns mit den sicherheitspolitischen Auswirkungen von Desinformation in Ostafrika. Die Gäste waren im Rahmen eines Dialogprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Leitung ihres Regionalprogramms Sicherheitspolitischer Dialog Ostafrika in Berlin. Dabei ging es insbesondere um die Verbreitung gezielter Falschinformationen über soziale Medien, mögliche Auswirkungen auf politische Konflikte und das Vertrauen

in staatliche Institutionen. Gerade in politisch angespannten Regionen kann Desinformation bestehende Konflikte zusätzlich verschärfen. Umso wichtiger sind unabhängige Medien, politische Bildung und eine enge Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern. Beide Begegnungen haben einmal mehr gezeigt, wie wertvoll der direkte Austausch für ein besseres gegenseitiges Verständnis und die deutsch-afrikanischen Beziehungen ist. •

Die gute Nachricht der Woche Medizin-Nobelpreis: Deutsche Forschung an der Weltspitze.

Eine erfreuliche Nachricht für den Wissenschaftsstandort Deutschland: Der diesjährige Nobelpreis für Medizin geht an die beiden deutschen Wissenschaftler Peter Hegemann von der Humboldt-Universität zu Berlin und Georg Nagel von der Universität Würzburg sowie den US-amerikanischen Forscher Karl Deisseroth. Ausgezeichnet werden ihre bahnbrechenden Entdeckungen auf dem Gebiet der sogenannten Optogenetik. Diese Methode ermöglicht es, bestimmte Nervenzellen im Gehirn mithilfe von Licht gezielt zu aktivieren oder auszuschalten. Damit eröffnen sich völlig neue Möglichkeiten, die Funktionsweise unseres Gehirns zu erforschen und langfristig Erkrankungen wie Alzheimer, Parkinson oder Depressionen besser zu verstehen und zu behandeln.

Die Auszeichnung ist ein eindrucksvoller Beleg für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und die Bedeutung internationaler Forschungszusammenarbeit. Sie zeigt zugleich, wie wichtig es ist, in Forschung, Innovation und unsere Hochschulen zu investieren. Herzlichen Glückwunsch an die drei Preisträger zu dieser außergewöhnlichen Leistung! •